

Dämmerlicht auf ein Sittengemälde

01.10.2012 · Drei Richter sollen klären, wie es dazu kommen konnte, dass ein Bergarbeiterstreik in der Platinmine von Marikana in einem Blutbad endete. Die Arbeit der Kommission ist politisch heikel, im Land herrscht großer Unmut.

Von [Thomas Scheen](#), Johannesburg



© AFP Wut und Trauer: Angehörige eines der Todesopfer von Marikana am 31. August

Sie soll Licht in eines der dunkelsten Kapitel der jüngeren südafrikanischen Geschichte bringen und trotzdem möglichst wenig Staub aufwirbeln: Am Montag hat die von Präsident Jacob Zuma eingesetzte Untersuchungskommission zur Klärung des Massakers von Marikana offiziell ihre Arbeit aufgenommen. Die drei Richter sollen klären, wie es dazu kommen konnte, dass ein wilder Bergarbeiterstreik in einer Platinmine in einem Blutbad endete, bei dem Anfang August 34 Streikende von der Polizei erschossen wurden.

Insgesamt hatte der Streik in der zum Lonmin-Konzern gehörenden Mine von Marikana 45 Menschen das Leben gekostet; elf von ihnen waren von den Streikenden ermordet worden. Die Kommission hat bis zum Januar kommenden Jahres Zeit, ihren Bericht vorzulegen. Dieses Datum ist nicht zufällig gewählt. Die Regierungspartei „African National Congress“ (ANC) wählt im Dezember einen neuen Vorsitzenden, und insbesondere Parteichef Zuma, der seine Wiederwahl anstrebt, will das Thema Marikana offensichtlich nicht auf der Tagesordnung sehen.

Der Streik in Marikana war der Auftakt einer Protestbewegung, die inzwischen den ganzen Bergbausektor erfasst hat. Dabei geht es nicht nur um die Lohnforderungen der Arbeiter. Es geht auch um die Verdrossenheit vieler Südafrikaner mit ihrer politischen Führung, der Korruption und Unfähigkeit attestiert wird. In etlichen Goldbergwerken stehen die Bänder ebenso still wie in einigen Kohlebergwerken. Hinzu kommt gegenwärtig ein Streik der Lastwagenfahrer, der die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln gefährdet. In allen Fällen

hören die Streikenden kaum noch auf ihre Gewerkschaften, weil diese verdächtigt werden, eine allzu große Nähe zur Politik und damit zu lukrativen Geschäften zu pflegen.

Auch dafür war Marikana ein gutes Beispiel: Die ersten Todesopfer dort waren Vertreter der „National Union of Mineworkers“ (NUM), der reichsten Einzelgewerkschaft innerhalb des Dachverbandes Cosatu. Dessen Generalsekretär Zwelinzima Vavi versucht sich seither in Vorwärtsverteidigung. Am vergangenen Wochenende nahm er sich die gesamte Bergbauindustrie zur Brust, als er die derzeit gültigen Vergütungen der Arbeiter kurzerhand für obsolet erklärte. Ob der ansonsten vernunftgesteuerte Vavi das aus persönlicher Überzeugung tat, darf bezweifelt werden. Er kämpft inzwischen um seinen Job.

Rückkehr zu antikapitalistischer Rhetorik

Südafrika scheint an einem Scheideweg angekommen zu sein. 18 Jahre nach dem Ende der Apartheid schenken die Menschen den Versprechungen des ANC auf ein besseres Leben für alle keinen Glauben mehr. Die Arbeitslosigkeit liegt nach inoffiziellen Zahlen bei etwa 40 Prozent und der Regierung fällt offenbar nicht ein, den um sich greifenden sozialen Unruhen etwas anderes als die Bereitschaftspolizei entgegenzusetzen. Die Ratingagentur Moody's stufte die Bonität südafrikanischer Staatsanleihen in der vergangenen Woche von A3 auf Baa1 herunter und stellte sie damit auf die gleiche Stufe wie brasilianische, russische und thailändische. Als Grund nannten die Analysten unter anderem „ein politisches Risiko“ mit Blick auf die ANC-Nationalkonferenz im Dezember sowie die offensichtliche Unfähigkeit der gegenwärtigen Regierung, die Probleme des Landes zu lösen. Für die erfolgsverwöhnte südafrikanische Zentralbank ist das eine herbe Niederlage. Finanzminister Pravin Gordhan rief das ANC-Politbüro am Wochenende dazu auf, politische Entscheidungen künftig so zu gestalten, dass sie dem Image Südafrikas als Investitionsziel „keinen weiteren Schaden zufügen“.

Getrieben von den Gewerkschaften, die ihrerseits von ihren Mitgliedern unter Druck gesetzt werden, ist es aber inzwischen im ANC wieder Mode geworden, auf die Investoren und ihr Kapital zu schimpfen - was weitere Unruhe schürt. „Es ist noch nicht so, dass die Investoren wie in Zimbabwe mit erhobenen Händen die Flucht ergreifen. Aber wir sehen einen klaren Trend, sich woanders umzuschauen“, sagt der Analyst Attard Montalto von der Investmentbank Nomura. Dabei ist Südafrika dringend auf Devisen angewiesen, um sein Handelsdefizit auszugleichen. Das lag im August bei umgerechnet rund 1,2 Milliarden Euro und damit so hoch wie noch nie. Trotzdem behaupten der Gewerkschaftsdachverband Cosatu und weite Teile der ANC-Führung, Lohnerhöhungen, die sich auf das Drei- bis Vierfache der jährlichen Inflationsrate belaufen - während die Produktivität auf unverändert niedrigem Niveau verharrt -, seien eine solide Basis für einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung.

Ob der ANC angesichts schwindender Zustimmung im Dezember tatsächlich einen Linksruck vollzieht und Zuma als Parteivorsitzenden durch den Marxisten Kgalema Motlanthe ersetzt, ist trotzdem alles andere als sicher. Der gewiefte Taktiker Zuma hat längst vorgesorgt und sich ein Polster an sicheren Stimmen zugelegt. So stieg die Zahl der ANC-Mitglieder in seiner Heimatprovinz KwaZulu-Natal seit Januar dieses Jahres auf wundersame Weise von 244000 auf 331000 an. In der Provinz Eastern Cape, wo Zuma unbeliebt ist, weil der zur Ethnie der Zulu gehörende ANC-Chef die Vormachtstellung der Xhosas in der Partei gebrochen hat, fiel die Zahl der Parteimitglieder auf ebenso wundersame Weise von 225000 auf 185000. Doch der Mitgliederzuwachs in KwaZulu-Natal ist mit Versprechungen auf Posten erkaufte worden. Eine Folge ist, dass ANC-Regionalabgeordnete dort die interne

Rangordnung inzwischen mit der Kalaschnikow zu klären versuchen. Außerdem war es ebenjene Art der Vetternwirtschaft, die dem einst so stolzen ANC heute so zusetzt.